

Auf den Namen Metin Serefoglu reagiert Gewerkschafter Manuel Campos ziemlich unwirsch. „Dazu sage ich nichts mehr“, poltert der Leiter der Abteilung Ausländische Arbeitnehmer bei der IG Metall in Frankfurt. Der Fall Metin Serefoglu sorgt für schlechte Stimmung unter Gewerkschaftsfunktionären – und beschäftigt die Gerichte. Serefoglu wurde im vergangenen September von seinem Arbeitgeber, dem Autzulieferer Kostal im sauerländischen Lüdenscheid, fristlos gekündigt.

Die Geschichte begann einen Tag nach den Anschlägen des 11. September. Metin Serefoglu soll sich über die Anschläge erfreut gezeigt haben. Die Zeugen der Arbeitgeberseite zitieren ihn mit den Worten: „Das war gut. Und das war noch viel zu wenig für Amerika.“ Als die Belegschaft bei Kostal sich tags darauf zur Gedenkminute versam-

Im Schatten des 11. September

Einem Ausländer wurde gekündigt, weil er Anschlag gelobt haben soll

melte, soll er sich geweigert haben, daran teilzunehmen. Drei Stunden später erhielt Serefoglu die fristlose Kündigung. Begründung: Störung des Betriebsfriedens. Metin Serefoglu bestreitet die Vorwürfe. Es habe lediglich mit der Verständigung gehapert, da er nur schlecht Deutsch spreche. Er nennt Zeugen, die seine Version bestätigen. Er will lediglich die Politik der USA kritisiert haben, die hätten schließlich die Taliban jahrelang unterstützt.

Über die Frage, ob die Kündigung gerechtfertigt war, streiten die Parteien am heutigen Mittwoch vor dem hiesigen Arbeitsgericht. Unter Gewerkschaftern und Arbeitnehmervertretern sorgt

das Thema schon länger für Unruhe. Während der Betriebsrat von Kostal und die IG Metall hinter der Kündigung stehen, regt sich bei Verdi-Vertretern und unter Betriebsratskollegen Widerstand. So drückte der Betriebsratsvorsitzende der Berliner Siemens und Bosch Hausgeräte GmbH, Hakan Doganay, seine Verwunderung über die Kündigung aus. Höhepunkt der Auseinandersetzungen war Ende Januar eine Demonstration von Vertretern des Arbeitskreises gegen Rassismus und Rechtsextremismus des Verdi-Bezirks NRW Süd vor den Werkstoren in Lüdenscheid. Die Gewerkschaftslinken witterten Ausländerfeindlichkeit und warfen

Kostal vor, überzogen reagiert zu haben. Der Betriebsratsvorsitzende von Kostal, Rainer Schmolke, fühlte sich zu Unrecht angegriffen und als Rassist beschimpft. Er warf Verdi vor, die Zusammenhänge nicht zu kennen.

Dennoch ist zweifelhaft, ob die Kündigung rechtmäßig ist. Wolfgang Däubler, Professor für Arbeitsrecht an der Universität Bremen, sagt: „Selbst wenn die Schilderungen der Arbeitgeber zutreffen, reicht das nicht für eine fristlose Kündigung.“ Außenseitermeinungen, wie sie Serefoglu vorgeworfen werden, fehle der betriebliche Bezug. Auch verletze ein Arbeitnehmer nicht seine vertraglichen Pflichten, wenn er nicht an einer Gedenkminute teilnehme. Wer Politik in den Betrieb hineintrage, müsse sich nicht wundern, auch Ansichten zu hören, die ihm nicht gefallen. Fabienne Meizer